

Ein deutsches Kriegszielprogramm.

Die Forderungen der sechs deutschen Wirtschaftsverbände.

* Wien, 30. Dezember.

Im deutschen Reichstag, in der deutschen Presse und im feindlichen Ausland wird seit Jahr und Tag viel von einer Eingabe der sechs großen wirtschaftlichen Verbände gesprochen, in der diese sehr einflussreichen Korporationen ihre Auffassung von Deutschlands Kriegszielen in einer Reihe von konkreten Forderungen niedergelegt haben. Die Eingabe selbst durfte aber bis jetzt nicht veröffentlicht werden. Neuestens ist sie jedoch von der Zensur freigegeben worden, und das Organ des Alldeutschen Verbandes, die Alldeutschen Blätter, teilen dieses vielumstrittene Schriftstück jetzt in seinem vollen, sehr umfangreichen Wortlaut mit. Diese Eingabe ist im Mai vorigen Jahres dem Reichsfanzler unterbreitet worden. Nachstehend eine kurze Inhaltsangabe, die auf allgemeines Interesse Anspruch erheben darf.

In den einleitenden Absätzen wird versucht, ganz allgemein darzulegen, daß Deutschland im Interesse eines dauernden Friedens nach außen wie auch im Innern aus dem Kriege gestärkt hervorgehen müsse, wenn anders das vom Kaiser selbst gesteckte Kriegsziel nicht aus dem Auge verloren werden soll. Um Deutschlands Sicherheit für die Zukunft zu verbürgen, müssen — so sagt die Eingabe weiter — die Gegner wirtschaftlich und militärisch so stark geschwächt werden, daß sie für absehbare Zeit zur Einhaltung des Friedens gezwungen sind. Neben der Forderung eines Kolonialreiches, das den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands genügt, neben der Sicherung der Zoll- und handelspolitischen Zukunft und Erlangung einer ausreichenden Kriegsschädigung sehen die Unterzeichner der Eingabe das Hauptziel des Kampfes in einer „Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reiches“ nach folgenden Richtungen:

Belgien müsse militär- und zollpolitisch sowie hinsichtlich des Münz-, Bank- und Postwesens der deutschen Reichsgesetzgebung unterstellt, die belgischen Bahnen und Wasserstraßen dem deutschen Verkehrsweisen eingegliedert werden. Frankreich müsse an Deutschland den Besitz des an Belgien grenzenden Küstengebietes bis etwa zur Somme und damit den Ausweg zum Atlantischen Ozean als eine Lebensfrage der künftigen Seegeltung Deutschlands zugestehen. Das hierbei mit zu erwerbende Hinterland müsse so bemessen werden, daß wirtschaftlich und strategisch die volle Ausnützung der gewonnenen Kanalhäfen gesichert ist. Die Deutschlands Westgrenze bedrohenden französischen Festungsstellungen, insbesondere Verdun und Belfort und der dazwischen liegende Abfall der Vogesen, dürfen Frankreich nicht belassen werden. Mit der Erwerbung der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre auch der künftige Besitz der ost- und nordfranzösischen Kohlengebiete von Bréilh, des Departements du Nord und des Pas de Calais sicherzustellen. Der große industrielle Machtzuwachs

im Westen mache es erforderlich, daß durch ausgedehnten Landerwerb im Osten ein Gegengewicht geschaffen werde, das die derzeitige wirtschaftliche Struktur Deutschlands auch nach der Ausdehnung des deutschen Machtbereiches weiter erhält. Deshalb und besonders im Interesse einer gesunden landwirtschaftlichen Grundlage, ausreichender Besiedlungsmöglichkeiten und eines besseren Grenzschutzes wird die Angliederung von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete gefordert.

In einer Ergänzung der Eingabe wird nachzuweisen versucht, daß alle diese Landerwerbungen nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern vor allem aus militärischen Gründen geboten seien; insbesondere sei die Gewinnung der französischen Erz- und Kohlengebiete im Interesse der Sicherstellung des Roheisen- und Stahlbedarfes unerlässlich.

Wichtig sind auch die Forderungen bezüglich des Schicksals der Bewohner Belgiens und der zu annektierenden Landesteile und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Eingabe verlangt, daß die Bewohner dieser Gebiete „keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches erlangen“, ferner daß die in diesen Gebieten — immer sowohl Belgien als auch die Annexionsgebiete zu verstehen — „vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des mittleren und größeren Besitzes, in deutsche Hand überführt werden“. Frankreich, beziehungsweise Rußland haben deren Eigentümer zu entschädigen. „Die Kriegsschädigung von seiten Rußlands — wird noch hinzugefügt — wird in großem Umfang in der Ueberweisung von Land bestehen müssen.“ In den im Osten neu zu erwerbenden Gebieten sollen im Ausland, namentlich in Rußland, jetzt lebende entrechtete deutsche Bauern angesiedelt werden.

Diese Forderungen werden als die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele des Deutschen Reiches dargestellt und sollen ein untrennbares Ganze bilden.

Die Eingabe ist von den folgenden sechs großen wirtschaftlichen Verbänden unterschrieben: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine zurzeit Westfälischer Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandverband.

Die Eingabe ist kurz nach ihrer Ueberreichung im feindlichen Ausland bekannt, dort in Uebersetzungen publiziert und zur Agitation benützt worden. Sie ist später in Deutschland von den linksstehenden Parteien im Parlament und in der Presse scharf kritisiert und entschieden abgelehnt worden, während sie von konservativer, nationalliberaler und alldeutscher Seite ebenso entschieden gebilligt und verteidigt worden ist. Sie bleibt immerhin ein interessantes Dokument, wenn man auch nicht weiß, ob die betreffenden Verbände sie noch heute vollständig aufrecht erhalten.